

Metzger kontra Medizinstudenten

Ausbildung kostet, aber nicht immer gleich viel.

Studierende der Medizin kosten den Staat im Jahr durchschnittlich 79 000 (vorklinische) beziehungsweise 91 000 Franken (klinische Ausbildung). Dafür bezahlen die Studentinnen und Studenten 1200 Franken.

Wenn sich ein ausgebildeter Metzger über eine höhere Fachschule weiterqualifizieren möchte, geht das ebenfalls ins Geld. Nur bezahlt er zur Erlangung des Meisterdiploms rund 30 000 Franken für die notwendigen Kurse und Prüfungsgebühren selber. Hinzu kommt die Zeit, die er für den berufsbegleitenden Bildungsgang aufwendet: der Kurs dauert viermal zwei Wochen. Gratis ist die ganze Sache

für den Staat, da der Teilnehmer sowie die verantwortlichen Berufsverbände die Finanzierung der Ausbildungsgänge tragen.

Wirtschaftsstudenten oder Wirtschaftsstudentinnen an einer Fachhochschule kommen etwas günstiger als Studierende der Medizin. Die Ausbildungskosten liegen für den Staat bei jährlich 24 207 Franken, wobei auch in diesem Fall die Studiengebühren etwa 1200 Franken betragen. Für eine ausgebildete Schreinerin, die das Meisterdiplom an einer höheren Fachschule erwerben will, sieht die Situation anders aus: sie muss 15 000 Franken bezahlen, für sechs Blockkurse, die jeweils vier Wochen dauern.

Zwei Fragen, die sich unweigerlich stellen: Ist es gerecht, dass die jungen Berufstätigen mit den Steuergeldern, die sie seit dem 18. Altersjahr entrichten, die Kosten für die Hochschulen mitfinanzieren und dann die eigene Ausbildung selber bezahlen müssen? Und: Ist es gerecht, dass vor allem den «kleinen» Leuten Geld aus der Tasche gezogen wird, damit die Kinder aus den mittleren und oberen Schichten studieren können? Wohl eher sollten Studierende stärker an ihren Ausbildungskosten beteiligt werden. Mit den zusätzlichen finanziellen Mitteln liesse sich die Qualität vieler Studiengänge verbessern.

Wortschatz

Sparwut, die In der finanzpolitischen Debatte fällt immer wieder das Schlagwort von der Sparwut. Es transportiert plakativ den Vorwurf, der Staat werde durch Sparmassnahmen finanziell ausgehöhlt. Mit Begriffen wie Sparwut wird Politik gemacht. Private sparen, wenn sie verfügbare Mittel nicht ausgeben. Jedes Kind weiss, was sparen bedeutet, wenn von seinem Sackgeld ein paar Franken im Sparschwein verschwinden. Die Politik hat eine aufgeweichte Auffassung von Sparen. Einsparungen sind für die Eidgenössische Finanzverwaltung alle Massnahmen, «welche geeignet sind, die Ausgaben unter die Werte des Finanzplans zu drücken» [Die Volkswirtschaft 2-2004, S. 24f.]. Der schwache Punkt ist der Vergleichsmaßstab des Finanzplans, der auf zu optimistischen Einnahmenprognosen beruht. Das wahre Problem illustrieren die Trends der letzten 15 Jahre: Die Schweiz verzeichnete einen rekordhohen Anstieg der Fiskalquote. Trotzdem hinkten die Staatseinnahmen stark hinter den Ausgaben her. Jetzt braucht es auf der Ausgabenseite einen schmerzhaften Trendbruch. Seit 2001 zwingt die vom Volk mit grosser Mehrheit angenommene Schuldenbremse zu einem mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushalt. Heute, wo Abstriche konkret werden, heulen jedoch betroffene Interessengruppen, denen die «Sparwut» direkt oder indirekt zusetzt, hörbar auf. Sie wollen die Schuldenbremse aufweichen.

Vorteil Wissen

Die Schweiz steht bezüglich BIP und Knowledge Economy Index (KEI) international sehr gut da.

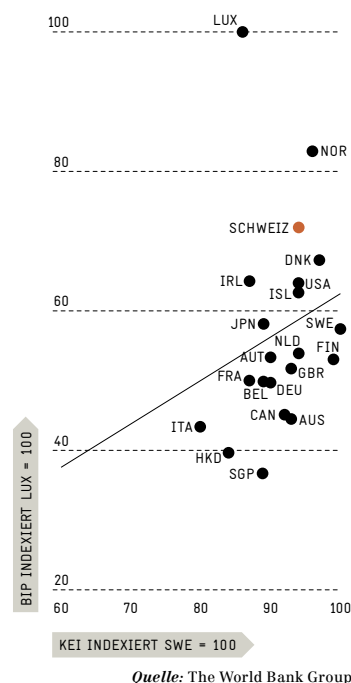
Wettbewerb in der Wirtschaft, Hightech-Infrastruktur, leistungsfähige Schulen und innovative Hochschulen: Das zahlt sich aus, wie der Knowledge Economy Index (KEI) der Weltbank zeigt.

Insgesamt zwölf einzelne Variablen werden in Relation zum Bruttoinlandprodukt (BIP) gestellt. Länder mit wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen, mit erheblichen Investitionen in die Informationstechnologien (IT) und ausgebautem Bildungssystem erwirtschaften ein höheres Pro-Kopf-BIP. Innovative Länder sind in Forschung und Entwicklung erfolgreich, was sich in zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen und in einer grossen Zahl von Patentanmeldungen niederschlägt.

Im internationalen Vergleich steht die Schweiz bezüglich BIP

und KEI sehr gut da. Dies, obwohl einige Länder mit einem tieferen BIP bessere Rahmenbedingungen für die Wissensgesellschaft aufweisen. Zum Beispiel liegen alle skandinavischen Länder, von Schweden über Finnland bis Dänemark und Norwegen, im KEI vor der Schweiz; aber nur Norwegen hat ein höheres BIP. Es scheint, als würden die skandinavischen Länder eine politische Aufhol- beziehungsweise Innovationsstrategie verfolgen, währenddem die Schweiz und auch Luxemburg noch etwas auf den zurückliegenden Erfolgen ausruhen. Die Aussage des Knowledge Economy Index ist allerdings eindeutig: Eine prosperierende (Wissens-) Gesellschaft hängt eng mit einem hervorragenden Bildungsangebot und einer guten IT-Infrastruktur zusammen.

Mit Hightech, Ausbildung und Innovation zu wirtschaftlichem Erfolg



Knowledge Economy Index: Zwölf einzelne Variablen in Relation zum BIP.